

Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich aml. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Veröffentlichung: täglich (nur Vortage).
Bezugspreis: monatlich 4.— Mark einl. Postbestellgeld
oder Bringenlohn. — Kalenderbeilage.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 2210 Limburg a. Rh.

Gegründet 1888.

Besitzer: Herrmann Kricheldorf, Hans Kricheldorf,
Druck und Verlag der Firma Kricheldorf in Limburg a. Rh.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Zeitungszeile oder deren
Raum 70 Hg. Die 21. und 22. Zeile 2.10 Hg.
Rabatt wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82.
Anzeigenannahme bis 6 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 281

Limburg, Montag, den 6. Dezember 1920.

83. Jahrgang

Einigung über die Vieh- ablieferungen.

Die Verhandlungen über die Viehablieferungen mit der Entente sind nunmehr abgeschlossen. Deutschland liefert in den nächsten Monaten 60 000 Stiere, Zugochsen und junge Rinder und 30 000 tragende Kühe und Färsen. In der gleichen Zeit liefert Deutschland 125 000 Schafe und 30 000 Pferde. Dazu kommen Lieferungen an Geflügel, Ziegen und Schweinen.

Die Gesamtansprüche auf Grund des Versailler Vertrages lauten: 150 000 Pferde, 883 000 Rinder, davon 640 000 Kühe und tragende Färsen. Außerdem rund 900 000 Schafe, 27 000 Ziegen, 1,75 Millionen Stück Geflügel, 15 000 Schweine und 200 000 Kaninchen.

Nach den jetzt getroffenen Vereinbarungen liefert die deutsche Regierung das angeforderte Geflügel in drei bis vier Jahren, die Ziegen in drei Jahren und die Schweine ebenfalls in drei Jahren. Die Ablieferung ist von den in Deutschland herrschenden Epidemien oder Seuchen abhängig.

Besonders ist zu bemerken, daß die Ursprungsforderung der Entente eine Halbjahreslieferung von 80 000 Rindern vorgegeben hatte, während die neue Rechnung uns nur zu einer Halbjahreslieferung von 30 000 Stück verpflichtet. Der Vorsitzende des Wiedergutmachungsausschusses, Dubois, erklärte, daß der Ausschuss vor Ablauf der nächsten sechs Monate neue Entscheidungen für die künftigen Lieferungen treffen werde.

Es ist selbstverständlich, daß jede deutsche Lieferung von der Gesamtforderung abgerechnet wird, aber dem Wiedergutmachungsausschuss bleibt das Recht vorbehalten, auf die Ursprungsforderung zurückzugreifen. Vorläufig habe man für die nächsten sechs Monate ein Resultat erzielt, das Deutschland erfüllen kann, ohne „äußersten Schaden“ zu erleiden.

Der Völkerbund entlarvt sich. Ablehnung der Abänderungsanträge.

Genf, 2. Dez. Die heutige Sitzung des Völkerbundes dürfte später als schwarzer Fleck in der Geschichte des Völkerbundes bezeichnet werden. Sie entschied entgegen allen Versprechungen, die den Völkern gemacht worden sind, für die Beibehaltung des mangelhaften Versailler Völkerbundespaktes und gegen die immerhin schädlichen Abänderungsanträge der nordischen Staaten. Es war vorauszuversagen, daß die Vollversammlung die Kommissionsanträge annehmen würde, aber immerhin hätte man auf eine lebhaftere Opposition rechnen können. Die Opposition bestand zweifellos, wagte sich aber nur schwachen hervor. Frankreich, dem sich Balfour in der ägyptischen Frage angeschlossen hatte, majorisierte die Versammlung und das charakteristische Merkmal der Debatte war, daß es weit weniger um den Völkerbundspakt als um den Friedensvertrag mit Deutschland ging.

Erklärungen Havensteins zur Durchführung der Zwangsanleihe.

Berlin, 4. Dez. In der „Nationalzeitung“ äußerte sich Präsident Havenstein, der bekanntlich im Steueraussschuß des Reichstages den Anstoß zur Erörterung über die Einführung einer Zwangsanleihe gegeben hat, über die Art der Durchführung. Er denkt sich das Gesetz so, daß ein jeder für ein Viertel seines deklarierten Vermögens Zwangsanleihe zu zahlen haben soll, mit gewissen Abänderungen für die Betriebe und für die kleinen Vermögen. Von diesem Viertel sollen jedoch in Abzug gebracht werden, was der Betreffende an selbstgezeichneten Kriegsschulden oder Friedensanleihe besitzt, oder auch, was er als Reichsnotopfer gezahlt hat. Den Ertrag der Zwangsanleihe schätzt Herr Havenstein vorläufigermaßen auf etwa 20 Milliarden. Er erwartet, daß das Ergebnis eine Senkung der schwebenden Schuld auf etwa ein halbes Jahr bedeuten würde. Eine weitere Erleichterung würde dann durch die Einnahmen durch die Freigabe eines Teils der konfiszirten deutschen Guthaben im Ausland. Die Zwangsanleihe wird nach Dr. Havenstein einen sehr guten Lombardenzinssatz abgeben, da sie mit vier Prozent verzinst und von der Kapitalertragssteuer befreit werden müsse. So könnten die Betriebe in der Lage sein, auf die von ihnen gezeichnete Zwangsanleihe einen Lombard zu nehmen, wenn sie Geld benötigen.

Auflösung der Landwirtschaftskammern.

Im verstärkten Landwirtschaftsausschuß der Landesversammlung wurde der Antrag Eising-Dominicus über die Abänderung des Landwirtschaftskammergesetzes in seinen wesentlichen Paragraphen angenommen. Damit ist der Landwirtschaftsminister befugt, die bestehenden Landwirtschaftskammern aufzulösen und Neuwahlen auf Grund des neuen Wahlmodus auszusprechen.

Passive Resistenz von Postbeamten.

Seidelberg, 1. Dez. Vermutlich im Zusammenhang mit den Besoldungsfragen hat gestern Abend ein Teil der hiesigen Postbeamten der Direktion des Post- und Telegraphen-Amtes den Beschluß einer vorhergegangenen Versammlung mitgeteilt, die Arbeit werde von jetzt ab nur noch nach genauer Vorchrift erledigt werden. Dadurch sind bereits heute morgen allerlei Verzögerungen entstanden, da eine strenge Befolgung der bürokratischen Vorschriften mehr Zeit erfordert als ein freies Handhandarbeiten. Der Beschluß der Unterbeamten ist aber die Köpfe der Führer hinweg gefegt worden. Die Beamtenverwaltung hat damit nichts zu tun. Die Briefträger haben heute früh die Ausbringung eine Stunde später begonnen und vorzeitig wieder abgebrochen. Es sind vorläufig nur zwei Bestellungen möglich.

Karlsruhe 3. Dez. Die passive Resistenz, die von den hiesigen Postbeamten seit gestern geübt wird, scheint auch auf Karlsruhe überzugreifen. Das hiesige Postamt erläßt eine öffentliche Erklärung, daß wegen Personalschwierigkeiten die Kontoauszüge des Postbeamten nur mit großer Verzögerung abgefordert werden können, und daß auch die Buchung der Ueberweisungen, Zahlarten und Schecks erhebliche Verspätungen erfahre. In einer Zuschrift der Gewerkschaft der Postbeamten an die Presse werden noch schärfere Maßnahmen angekündigt für den Fall, daß die Reichsregierung folgende drei Forderungen nicht sofort bewilligt: 1. Gerechtigkeit in den Besoldungsfragen; 2. Anpassung der Teuerungszulagen an die tatsächlichen Verhältnisse; 3. Auszahlung einer einmaligen Entschädigungssumme von 5000 Mark an jeden Beamten.

Die Hilfsaktion für die Beamten.

Berlin, 3. Dez. Den dringlichen Vorstellungen der Beamtenvertreter im Reichstag folgend, hat die Regierung gestern dem Reichstag einen Gesetzentwurf über eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1920 vorgelegt nach welchem der Teuerungszuschlag zu den Rinderzuschlägen mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 auf für die Orte der Ortsklasse A auf 125 vom Hundert, der Ortsklasse B auf 100 vom Hundert und der Ortsklasse C auf 75 vom Hundert festgesetzt wird. In der Begründung wird gesagt, daß an eine allgemeine Erhöhung des Teuerungszuschlags, der bei nur 10 Prozent jährlich 564 Millionen Mark betragen würde, angesichts der beschränkten Entwicklung der Finanzlage des Reiches nicht herangezogen werden könne. Die Teuerungszuschläge zu den Rinderzuschlägen verursachen eine Mehrausgabe von 408 Millionen Mark. Noch am gleichen Tage fand unter dem Vorsitz Dr. Petersens eine Besprechung von Sachverständigen und Führern der Regierungsparteien mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes wurde dargelegt, daß die beabsichtigte Hilfsmaßnahme, so bitter ernst die Finanzlage des Reiches auch gewürdigt werde, den dringenden Notwendigkeiten nicht Rechnung trage. Neben der Erhöhung der Rinderzuschläge, die auch auf die Ortsklassen D und E ausgedehnt werden müßten, wäre eine Erhöhung des Teuerungszuschlags unabweisbar.

Berlin, 4. Dez. Der Hauptausschuß des Reichstages behandelte heute die Teuerungszulagen der Beamten. Die Regierungsparteien beantragten, daß bei der Ortsklasse A 150 Prozent Teuerungszuschläge zu den Rinderzuschlägen gezahlt werden sollen, bei Ortsklasse B 125 Prozent, der Ortsklasse C 100 Prozent und bei Ortsklasse D und E 75 Prozent. Auch sollen vom gleichen Tage ab die außerplanmäßigen Beamten, die nur 80 Prozent des vollen Arbeitszuschlags beziehen, als weiteren Teuerungszuschlag die übrigen 20 Prozent des Ortszuschlags und auch hierzu den allgemeinen Teuerungszuschlag von 50 Prozent erhalten.

Der Mittellandkanal.

Berlin, 2. Dez. (WZ.) Die Gesamtsumme, die für den Mittellandkanal angefordert wird, beläuft sich, wie der „Vorwärts“ schreibt, auf rund 436 Millionen Mark, nach heutigem Gelostande also mindestens auf vier Milliarden. Das sei gewiß eine hohe Summe, aber das Geld sei gut angelegt. Mit ihm solle ein Wert geschaffen werden, das uns volkswirtschaftlich vorwärts bringe. Es werde den Osten und Westen besser miteinander verbinden, dem Austausch ihrer Produkte die Wege ebnen, den Verkehr gewaltig steigern helfen und vielleicht mehr als wir jetzt ahnen unsere Aufwärtsbewegung fördern.

Der Fortgang der Sozialisierungs- beratungen.

Berlin, 4. Dez. Die Vergehnungskommission des Reichswirtschaftsrates, die seit drei Tagen in Offen tagt, hat einen neuen grundsätzlichen Vorschlag zur Erörterung gestellt, der die Eigentumsverhältnisse auf eine neue Grundlage stellen will. Die Auswirkungen dieses Gedankens, der auf dem Prinzip des Lebens beruht, sollen, erschien der Kommission so weittragend, daß eine wissenschaftliche und wirtschaftliche Durchberatung als erforderlich angesehen wurde. Deswegen sind die Beratungen ausgesetzt worden und sollen erst nach Abschluß der Vorarbeiten wieder aufgenommen werden.

Der Religionsunterricht in der Volksschule.

Dresden, 1. Dez. Die auf Veranlassung der sächsischen Regierung herbeigeführte Entscheidung des Reichsgerichts über die Erteilung des Religionsunterrichts in den Volksschulen befaßt im wesentlichen folgendes: Die Volksschulen sind nach der Regellovorschrift der Reichsverfassung Gemeinschaftsschulen und haben Religionsunterricht zu erteilen. Er kann nur wegfallen an den Volksschulen, die auf Grund der Ausnahmevorschrift in Absatz 2 des Artikels 146 als Bekenntnisschulen errichtet sind. Der Artikel 174, der überdies nur eine Übergangsvorschrift ist, bezieht sich lediglich auf die ausnahmsweise und gegen die Regelform bestehenden Bekenntnisschulen und weltlichen Schulen. Nur was diese Schulen anlangt, soll es bis zum Reichsschulgesetz bei der Rechtslage bleiben, die beim Inkrafttreten der Reichsverfassung bestand. Für die allgemeine und regelmäßige Form der Volksschulen dagegen sind die allgemeinen Bestimmungen der Reichsverfassung bindend, insbesondere die Vorschrift, daß der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist. Nachgewiesen wird dies durch die Entstehungsgeschichte des Artikels 174 und durch eine bei seiner dritten Lesung vom Unterrichtsminister Schulz gegebene und unwidersprochene Erklärung.

Pour le merite

Laut „Vossischer Zeitung“ hat das preussische Staatsministerium den Fortbestand der Friedensklasse des Ordens Pour le Merite beschlossen. Mahgebend sei dabei der Gedanke gewesen, daß es sich hier nicht um eine vom Staat überhaupt verliehene Auszeichnung handle, sondern um eine auserlesene Gelehrten- und Künstlervereinigung, deren Mitglieder sich durch Zuwahl ergänzen.

Streichung kostspieliger Offiziersposten.

Berlin, 2. Dez. (WZ.) Der Hauptausschuß des Reichstages beschloß bei der Beratung des Marinehaushalts die Streichung von zwei Konteradmiralen, einem Vizeadmiral, vier Kapitänen zur See und sechs Korvettenkapitänen. Dafür wurden neun Stellen bei den Kapitänleutnants hinzugefügt, sowie vier Stellen bei den Oberleutnants.

Eine Schutzgarde für Berlin.

Berlin, 2. Dez. (WZ.) Die „Voss. Ztg.“ meldet: Am 1. Dezember wurde auf Grund einer Verfügung des Reichswehrministers ein Wachregiment Berlin in der Garnison Döberitz aufgestellt. Das Regiment, das aus drei Bataillonen Reichswehr-Infanterie, einer Kompanie Minenwerfern, einer Batterie und einer Schwadron besteht, wird später in Berlin garnisoniert. Die Truppen sollen vierteljährlich wechseln und aus allen Wehrkreiskommandos gestellt werden. Ähnlich der früheren Brigade Döberitz soll das Regiment dem besonderen Schutz Berlins dienen.

Berlin, 2. Dez. Ueber das Wachregiment in Berlin teilt der „Berliner Lokalanzeiger“ noch Einzelheiten mit: Er schreibt: Die Maßnahme ist nicht als eine dauernde gedacht. Sie wird mit der Neubildung des Heeres fortfallen. Um die Reichshauptstadt nicht ganz von Truppen zu entblößen und die nötigen Wachen zu stellen, werden aus anderen Wehrkreisen einzelne Truppenabteilungen auf ein bis drei Monate nach Berlin kommandiert. Durch Zusammenziehung von Truppen aus allen Gegenden Deutschlands soll die Einheitlichkeit der Ausbildung und das Gemeinschaftsgefühl gestärkt werden. Wo das Wachregiment liegen wird, ist noch nicht bekannt.

Einwohnerwehren und Separatismus.

München, 4. Dez. Während bisher die Einwohnerwehrbewegung in Südbayern bedeutend größere Erfolge aufzuweisen hatte als in Nordbayern regen die Möglichkeiten einer einsichtsvollen Behandlung von Seiten der Verbändemächte nun auch die dortigen Bevölkerungskreise zu lebhafterem Interesse für diese Form des Selbstschutzes an. So hat die „Reichsbauernkammer in Oberfranken“ einen Aufruf zum unverzüglichen Eintritt in die Einwohnerwehr erlassen. Darin wird gesagt, der fränkische Bauer denke über die Frage der Reichseinheit nichts anderes als der südbayerische. Man wolle sich nicht vom Reich lösen. Wenn sich aber das Reich von Bayern lösen sollte, so würde man wie ein Mann zu Bayern stehen. Da der Aufruf nur den letzteren Fall gegeben sehen will, „an dem Tage, an dem Berlin den deutschen Norden dem Volksweltismus ausliefert“, dürfte also auch nach der Auffassung der oberfränkischen Bauernkammer die Gefahr einer Reichsspaltung gegenstandslos sein.

Das Kinderelend.

Berlin, 3. Dez. (WZ.) Auf dem im Wohlfahrtsministerium zusammengetretenen sechsten deutschen Kongress für Säuglingschutz erklärte der Vorsitzende Geheimrat Bumm, Präsident des Reichsgesundheitsamtes, es gebe Völker, die für unser Kinderelend kein Gefühl hätten, die sogar unseren hungernden kranken Kindern und unseren werdenden und stillenden Müttern die geringe Milch, die wir noch haben, unbarbarisch wieder entziehen wollen. Das seien gerade die Nationen, die von dem Völkerbund, der Völkerverbrüderung und der alles umfassenden Menschlichkeit sprächen. Nichts könne unauslöschlicher Haß und das nimmer verschwindende Gefühl des größten Unrechts in einem Volk so hervorrufen, als wenn die Mütter und Väter ihre hilflosen Kinder durch derartige Maßnahmen zugrunde geben sähen.

Rom, 2. Dez. Auch in diesem Jahre veröffentlicht der Papst beim Herannahen des Weihnachtsfestes eine Enzyklika zu Gunsten der nothleidenden Kinder. Es wird eine allgemeine Kollekte am Feste der Unschuldigen Kinder (28. Dez.) angelehrt. Das Liebeswerk wird besonders wohlhabenden Kindern und Bischöfen reicher Gegenden empfohlen. Der Papst selbst spendete 100 000 Lire.

Australischer Ausfuhrhandel mit Deutschland.

London, 4. Dez. Die australische Regierung hat das Verbot der Ausfuhr nach Deutschland, Oesterreich und Ungarn aufgehoben.

Friedenssehnsucht im Elsaß.

Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge fanden in Strassburg und Mülhausen riesige Demonstrationen gegen den Krieg mit Rußland und für den Weltfrieden statt.

Die deutschen Pensionäre in Elsaß- Lothringen.

Amlich wird gemeldet: Ein zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossenes Sonderabkommen gewährt den Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die sich im Elsaß und Lothringen aufhalten und die Inhaber von Zivil- oder Militärpensionen oder Militärenten des ehemaligen Reichslandes oder des Deutschen Reichs sind, eine außerordentliche Zuwendung für die Zeitdauer von der Einstellung der Pensionen oder ihrer Auszahlung zum Tageskurs bis zum

31. Januar 1920. Die Bestimmung gilt nicht für solche Empfänger, deren Renten oder Pensionsbeträge zum Aus von 1,25 Kr. die Mark ausgegahlt wurden.

Bau eines kleinen Kreuzers

Berlin, 3. Dez. (WZB.) Bei der Beratung über den Bau eines kleinen Kreuzers im Hauptauschuß des Reichstags wiesen der Reichswehrminister und die bürgerlichen Parteien im Gegensatz zu den sozialistischen Parteien darauf hin, daß, wenn man überhaupt eine Marine haben wolle, doch zum mindesten der Rahmen erhalten werden müsse, den uns der Friedensvertrag noch gelassen habe. Hierauf bewilligte der Hauptauschuß als erste Rate für den Bau dieses kleinen Kreuzers 25 Millionen Mark. Damit ist der Marinehaushalt erledigt. Angenommen wurde ferner eine Entschleifung der Etschlag (Sog.), die eine Vereinfachung der Organisation des Reichswehrministeriums fordert.

Der Wettlauf der Flottenrüstungen.

Haag, 1. Dez. Angesichts des bevorstehenden Stapellaufs des amerikanischen Riesenschlachtschiffes „Massachusetts“ ist die Bemerkung der „Times“ von Interesse, daß England, was Hauptschiffe anbelange, in drei Jahren auf die dritte Stufe herabgesunken sein werde, wenn die Admiralität ihre bisherige Politik fortsetze.

D'Annunzio will die italienische Schweiz befreien.

Bern, 3. Dez. (WZB.) Schweizerische Depeschagentur. D'Annunzio richtete von Fiume an das Tessiner Volk eine Rundgebung worin er ihm die Befreiung von einer angeblichen Bedrückung durch die Schweiz und den Anschluß an Italien in nahe Aussicht stellt. Nicht nur die deutsch-schweizerische wie die franz.-schweizerische Presse, sondern auch diejenige des Kantons Tessin lehnen diesen neuesten Uebergriff des italienischen Diktators als eine lächerliche Annahme ab. — Ein Sonderberichterstatter der Schweizerischen Depeschagentur hatte mit dem Bundespräsidenten Motta, der selbst Tessiner ist, über diese Proklamation D'Annunzios eine Unterredung. Der Chef des eidgenössischen politischen Departements ermächtigt die Depeschagentur zu der Mitteilung, daß angebliche amtliche Schritte von schweizerischer Seite gegen das Vorgehen D'Annunzios überflüssig erscheinen, da nicht nur die italienische Regierung, die sich zur Blockade D'Annunzios in Fiume gezwungen sieht, sondern auch die große Mehrheit des italienischen Volkes den phantastischen Aspirationen D'Annunzios vollständig fernsteht und sie verurteilt. Durch die von der Tessiner Studentenschaft veranstalteten Protestkundgebungen sei zur Genüge bewiesen, daß das Tessiner Volk die Zumutung D'Annunzios direkt als beleidigend empfinde.

Die Blockade Fiumes

London, 3. Dez. (WZB.) Die „Morning Post“ meldet: Die italienische Regierung verständigte die Entente-mächte amtlich von der Blockade Fiumes, die am Dienstag um Mitternacht begann.

Preisenkungen in England.

Haag, 3. Dez. (WZB.) Aus London wird gemeldet, daß die Preisbeschränkungen für die englische Kohlenausfuhr aufgehoben sind. Der augenscheinliche Grund hierfür ist der, daß Frankreich in letzter Zeit mit seinen Kohleneinfuhren in England sehr zurückgefallen ist, da es von Deutschland durch die Ausfuhr des Spaa-Abkommens sehr reichliche Kohlenlieferung erhält. Bemerkenswert ist auch das starke Sinken der Warenpreise. Die Baumwollpreise und die Wollepreise stiegen um 30, die Metalle um 16 bis 34 Prozent. Auch die Lebensmittel waren billiger.

Die Entente gegen Konstantin.

Die alliierten Mächte haben nunmehr eine Mittelstellung zwischen dem büssen Standpunkt Frankreichs, das die Wiederkehr Konstantins auf den Thron unter allen Umständen verbietet, ja sogar gewaltsam verhindern möchte, und der freundlicheren Fiktion Englands und Italiens einzunehmen beschlossen. Sie verbieten nicht die Rückkehr des beim Vorkriegsbesitzes aber sie warnen und drohen für den Fall der Wiedereinführung Konstantins mit Verschlechterung ihrer Beziehungen zu Griechenland.

Amsterdam, 4. Dez. Der „Telegraaf“ meldet aus London von 2. d. Mts.: Der französische Ministerpräsident erklärte heute früh, daß die Alliierten bezüglich ihrer Haltung in der griechischen Frage vollkommen übereinstimmen. Nach den Besprechungen wurden folgendes Uebereinkommen bekanntgegeben: „Die englische, französische und italienische Regie-

rung bezieht sich bisher dauernd ihren guten Willen gegenüber dem griechischen Volk und begünstigen die Erfüllung seiner Wünsche. Um so unangenehmer wurden sie berührt durch die letzten Ereignisse in Griechenland. Obwohl sie nicht wünschten, sich um die inneren Angelegenheiten Griechenlands zu kümmern, hatten sie sich selbst für verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß die Rückkehr des Königs, dessen treulose Handlungsweise während des Krieges den Alliierten große Schwierigkeiten und Verluste verursacht, auf den Thron von ihnen nur als die Bestätigung dieser feindlichen Handlungsweise durch Griechenland angesehen werden kann. Dieser Schritt würde eine neue und ungünstige Lage in den Beziehungen zwischen Griechenland und den Alliierten verursachen, und in diesem Falle würden sich die drei Regierungen vollkommene Freiheit für die so geschaffene Lage vorbehalten. Einer Neutermelung zufolge wurde beschlossen, an Griechenland eine entsprechende Note zu richten.

Europas gefährdete Wirtschaftslage.

Lloyd George hat in seiner Rede auf dem Essen des Verbandes britischer Industrieller, über die bereits kurz berichtet wurde, noch ausgeführt: „Die europäischen Länder helfen sich nur durch die Banknotenpresse weiter. Aber man kann nicht dauernd einen Saft Papier auf dem Rücken tragen. Europa ist auf dem Wege zum Bankrott. Europa kann nicht laufen und wo es zu laufen vorgibt, kann es nicht verlaufen. Europa steht vor unserem Schauspieler, das mit den besten Waren angefüllt ist, die die Welt erzeugen kann. Europa ist in Lumpen gekleidet und seine Taschen sind mit Papier gefüllt. Europa muß sich zu einer vollen Böcie emporarbeiten.“ Mit einer Handbewegung, die zugleich Verachtung und Verzweiflung ausdrückte, rief Lloyd George: „Und da gibt es noch Leute in der Welt, die denken, je ärmer die europäischen Länder sind, um so reicher würden wir sein. Das beste Heilmittel ist der Friede, und die Männer mühen verflucht werden, die in der Welt mit Petroleumlampen umhergehen und die Feuer des Krieges und der Unruhe anzufachen.“

15 Millionen Auswanderungslustige.

Paris, 3. Dez. (WZB.) Die „Chicago Tribune“ meldet aus New York: Die Vertreter von 17 transatlantischen Linien übermittelten dem Einwanderungskommissar in Wallis Zahlenaufstellungen, aus denen hervorgeht, daß 15 Millionen Europäer um Fahrkarten nach Amerika bitten. Der Einwanderungskommissar ist gestern nach Washington gereist, um mit führenden Kongressmitgliedern sich über die Einwanderungspolitik zu besprechen.

London, 4. Dez. (WZB.) „Daily News“ meldet: Unter den 15 Millionen Europäern, die um Ueberfahrt nach den Vereinigten Staaten nachsuchen, befinden sich fünf Millionen Deutsche.

Washington, 3. Nov. (WZB.) Der Vorsitzende des Einwanderungsausschusses des Repräsentantenhauses legte dem Ausschuss einen Gesetzentwurf vor, nach dem die Einwanderung für die nächsten zwei Jahre verboten wird, für alle Einwanderer, die nicht durch Bande des Blutes mit einem Amerikaner oder mit einem Ausländer, der in den Vereinigten Staaten ansässig ist und die Absicht hat, sich naturalisieren zu lassen, verknüpft sind.

Oktober und vermischter Teil.

Limburg, der 6. Dezember 1920.

(—) Der „kupferne Sonntag“. Der zweite Adventssonntag, der im Geschäftsleben immer noch die Bezeichnung „kupferner Sonntag“ führt, obwohl das Kupfergeld aus dem Umlauf fast ganz verschwunden ist, führte gestern zahlreiche Käufer in die Stadt. Es entwickelte sich in den Hauptstraßen bis 6 Uhr abends ein überaus reger Verkehr und die Ladengeschäfte hatten einen Zuspruch zu verzeichnen, wie er stärker sonst am letzten Adventssonntag nicht zu beobachten war.

Ein Einbrecher in der Mausefalle. Das Zigarrengeschäft Rösch in der Bahnhofsstraße war leihweise bereits mehrere Male der Schauplatz von Einbrüchen gewesen, ohne daß es gelungen wäre, den Täter festzunehmen. Zur Vorsicht hatte nun der Ladeninhaber, der selbst nicht in dem Hause wohnt, an die Hintertür, durch die der Zutritt des Diebes offenbar erfolgt sein mußte, eine elektrische Alarmanlage anbringen lassen, die bei Öffnen der Tür eine Klingelzeichen in der Wohnung des Hausbesitzers, Herrn Reuß, auslöst. Ein etwaiger Dieb mußte also seinen Besuch ebenso deutlich wie unfehlbar und vor allem ohne selbst

etwas davon zu merken, ankündigen. Am Samstagabend war's soweit. Es klang. Herr Reuß eilte sofort in seinen mit dem Gebäude verbundenen Kimo und dort eine Anzahl handfester Leute, das Haus zu umstellen. Der Dieb lag in einer regelrechten Mausefalle. Sein Entkommen mag nicht gering gewesen sein, als ein Polizeiwachsmann ihn plötzlich zum Warten einlud. Der Dieb, bei dem zwei Nachschlüssel gefunden wurden, war durch das Kino „Neumarkt“ des Herrn Reuß eingedrungen. Er gab zu, auch den Diebstahl am 20. November begangen zu haben, bei dem ihm für 3000 Mark Waren in die Hände gefallen waren, die ihm ein Fehler eingenommen hat. Seine Beute pflegte er in einer Vogelnestkiste zu verstecken.

Vollbildungsverein. Der auf heute festgesetzte Beethoven-Quartettabend muß verschoben werden. Statt dessen wird ein Vortrag über Beethovensche Variationen mit Erläuterungen am Klavier eingegeben.

Vollbildungsverein und Bühnenvolksbund. Die Theaterveranstaltungen des Frankfurter Künstlertheaters erfreuen sich eines derartigen Zuspruches, daß es nötig wird, von nun ab doppelte Vorstellungen an zwei aufeinanderfolgenden Abenden zu geben. Es wird beabsichtigt, im wesentlichen diejenigen Abonnenten, die bei der letzten Vorstellung die Nummern 1—450 hatten, der ersten Vorstellung, die übrigen der zweiten Vorstellung zuzuwenden. Der zutreffende Wochentag wird den Eintrittstickets aufgestempelt werden. Mit Rücksicht auf die Ausbringung der Kosten des Unternehmens wollte die Theaterleitung das Abonnement schließen, um mehr Karten in den freien Verkauf geben zu können. Es ist jedoch gelungen, das Abonnement auch denen zu ermöglichen, die jetzt noch der Theatergemeinde beitreten wollen. Der Mitgliederbeitrag der neu hinzutretenden Abonnenten beträgt 25 Mark für fünf Vorstellungen. Dieser Beitrag wird nicht mehr herabgesetzt, auch nicht für solche, die nach der nächsten Vorstellung beitreten. Die Platzgruppierung wird künftig folgende sein: 100 frei verkäufliche Plätze zu 10 Mark, 400 Abonnementplätze, 200 unnummerierte Bankplätze zu 5 Mark, Galerie-Sitzplatz 4 Mark. Da in der diesjährigen Spielzeit sieben Vorstellungen gegeben werden, und nicht wie die Geschäftsstelle fälschlich angab, sechs Vorstellungen, so kann das Abonnement gegen Nachzahlung von 5 Mark auch noch auf diese Vorstellung ausgedehnt werden. Eine Aufforderung hierzu wird noch durch die Zeitungen erfolgen. Als nächstes Stück wird um den 19. Januar „Das Nürnbergische“ von Garlan gespielt werden. Es sei noch erwähnt, daß in der nächsten Spielzeit ein großes und ein kleines Ensemble gebildet werden soll. Infolge des guten Besuchs der Vorstellungen wird es möglich sein, das große Ensemble herzubekommen, das die großen klassischen Stücke spielen wird.

Vollbildungsverein. Am letzten Mittwoch beendete Herr Landgerichtsrat Dr. Friedländer seine Vortragsreihe über persische Dichtkunst. Nachdem bei dem Thema der Gedanke aufstach, daß es sich vielleicht um einen statt abseits liegenden Stoff handle, so ergaben die Vorträge selbst, daß dies nicht der Fall war, daß uns vielmehr auf Schritt und Tritt geistesverwandtes Fühlen und Denken entgegentrat, und mancherlei Anregung und Vertiefung auch für den modernen Menschen zu gewinnen war. Vier große Dichter Persiens, den Epiker Firdusi, den Epigrammatiker Omar, den Didaktiker Saadi und den Lyriker Hafis reihete der Vortragende zu würdigen Kranze aneinander. In feinsinnigem Einfühlen verstand es der Vortragende, zugleich in die Lebensgeschichte dieser großen Meister der Dichtkunst einzuführen und ihr poetisches Wirken und Schaffen zu würdigen. Den Höhepunkt der Vorträge stellte zweifellos der zweite Abend dar, das Werk Omars. Die aus der Tiefe quellende und aus Herz greifende Dichtkunst Omars konnte ihren Eindruck um so weniger verfehlen, als ihr in der glänzenden Uebersetzung Rolens eine Verdolmetschung wurde, die auch „modernes“ Empfinden im Innersten packen konnte. Alles in allem: so fern und fremd das Thema auch klang, so heimlich fand man sich bei seiner Behandlung, so verwundt man mit ihr so schwang Herz und Seele mit. Dafür werden die Zuhörer Herrn Landgerichtsrat Dr. Friedländer herzlich dank wissen.

Zahlung des Reichsnotopfers. Der Reichsminister der Finanzen macht bekannt: Kriegsanzleihe wird auf das Reichsnotopfer nur noch bis zum Ablauf dieses Jahres angenommen. Eine allgemeine Verlängerung dieser Anleihe ist nicht zu erwarten. Die Kriegsanzleihe sind bei den bekannt gemachten Annahmestellen, die auch beim Finanzamt erfragt werden können, hinzugeben, Anträge auf Uebertragung von Reichsschuldbuchforderungen dagegen bei der

Grifeldis.

Roman von J. Courtis-Mabier.

Grifeldis hatte die Komtesse mit einem unerklärlichen Interesse beobachtet. Nun sah sie rasch zu dem Grafen hinüber.

„Das will ich tun, und ich bin sehr gespannt, ob sich die Wirklichkeit mit meinem Traum deckt.“

„Sie müssen es mir sagen, ob es der Fall ist.“

„Gewiß.“

„Hat Fräulein von Konach von den Zimmern deiner Frau geträumt?“ fragte die Komtesse spöttisch, weil sie es nicht glaubte. Die Erzieherin hatte damit wohl nur ihre Neugier befriedigt.

„Ja, denke dir, sie sah im Traum das Schlafzimmer Altes — sah diese selbst, ihren blonden Kopf um den Hals gelegt — und sah sogar im Traum den Schnurerring, den du verloren hast!“ erwiderte der Graf harmlos, ohne Beate anzusehen, da er sich gerade vorlegte, weil der Diener einen neuen Gang servierte.

Aber Grifeldis sah die Komtesse an und erschrak, als sie sah, daß deren Gesicht schlief und schlief wurde und die Augen einen fast irren Blick annahmen.

„Den Schnurerring?“ stammelte sie.

„Ja, nach dem ich vorher fragte. Seit wann vermisst du ihn eigentlich?“

Die Komtesse zögerte und mühte sich, Fassung zu behalten.

„Ich weiß es nicht mehr genau.“

„Wenn gnädigste Komtesse gestatten — ich weiß den Tag noch ganz genau, an dem Sie ihn verloren haben,“ sagte der Diener Heinrich, der schon seit langen Jahren im Hause war und bei Tisch servierte.

Die Komtesse warf dem Diener einen flüchtigen Blick zu und wollte etwas sagen, aber es war, als bräcste sie kein Wort über ihre zitternden Lippen.

„Nun, Heinrich, wann ist es denn gewesen?“ fragte der Graf.

„Es war an dem Tag, an dem wir die hochselbige Frau Gräfin tot auf ihrem Lager fanden und hier im Hause alles durcheinander ging. Ich kam gerade von oben und war vor Schrecken ganz zitterig in den Beinen. Da begegnete ich der gnädigen Komtesse in der Halle. Sie kam von draußen. Und da sagte sie mir, sie habe einen Ring verloren den Schnurerring. Wahrscheinlich sei er ihr im Freien abgefallen gekommen, im Saal. Ich möchte es der Dienerschaft sagen, daß darauf geachtet würde. Es sei auch möglich, sie habe den Ring im Hause verloren. Gnädigste Komtesse erinnern Sie sich vielleicht, daß ich darauf sagte: Ach, Ach, Komtesse, es ist ein noch viel größeres Unglück geschehen, die gnädigste Gräfin ist tot.“

Grifeldis konnte währenddem ihren Blick nicht von der Komtesse wenden. Niemand achtete so auf diese wie sie. Das Antlitz der Komtesse hatte einen sehr verstörten Ausdruck, und ein Schauer flog über ihren Körper.

„Es mag sein — ich weiß es nicht mehr — an jenem schrecklichen Tage war ich nicht Herr über meine Gedanken,“ preßte sie hervor.

Graf Harro wurde jetzt auf sie aufmerksam.

„Beate — du kannst noch immer nicht ruhig bleiben beim Gedenken an diesen Tag,“ sagte er, mitleidig ihr verstörtes Gesicht betrachtend.

Die Komtesse rang mit sich.

„Nein — das werde ich nie, niemals, Bitte — laß uns von etwas anderem reden,“ brach sie mühsam hervor.

Graf Harro brachte ein anderes Gespräch auf, um der Komtesse Zeit zu geben, sich zu fassen. Sie tat ihm leid. Wie sehr mußte sie die schreckliche Katastrophe alteriert haben.

Grifeldis sah seltsam blaß und kühl auf ihren Teller herab. Sie zwang sich, mit Gilda zu plaudern.

Dann wurde der Nachtisch gereicht, und während Grifeldis Gilda davon vorlegte, sagte Graf Harro beifällig: „Ich möchte dich bitten, Beate, mir nachher den Schlüssel zum runden Turm in mein Arbeitszimmer hinüberzugeben.“

Grifeldis sah, daß die Komtesse leise zusammenzuckte. Das bemerkte auch Graf Harro, und er mußte denken, daß seine Beate furchtbar nervös sei.

„Den Schlüssel zum runden Turm?“ fragte sie wie geistesabwesend.

„Ja, du verweist ihn doch mit den übrigen Schlüsseln.“

Die Komtesse sah vor sich nieder.

„Es kann wohl sein. Ich weiß es nicht. Er war ja Jahre lang nicht in Gebrauch. Ich will nachsehen. Wo willst du mit dem Schlüssel?“

Das sollte gleichgültig klingen, und der Graf nahm es auch dafür. Aber Grifeldis hatte das Empfinden, als wenn die ganze Seele der Komtesse in Aufruhr wäre.

Graf Harro lächelte.

„Was werde ich mit dem Schlüssel wollen, Beate — den Turm aufschließen. Wir wollen hinauf auf den Söller. Fräulein von Konach möchte gern die Welt einmal von oben betrachten.“

Ein rascher, wilder Blick zuckte aus Beates Augen zu Grifeldis hinüber.

„Sie — immer sie — wie ich sie hasse,“ dachte Beate und rang mit aller Kraft um Ruhe und Fassung.

„Ich würde dir raten, Fräulein von Konach die Erlaubnis dazu zu verweigern. Der runde Turm ist vor Jahren abgeschlossen worden, weil eine Anzahl Treppentufen sich gelodert haben.“

„Ganz recht, das weiß ich. Die zweite Treppe ist kaputt. Und deshalb will ich auch selbst mit hinaufsteigen, damit es keinen Unfall gibt. So schlammig ist es aber nicht mit den schadhafte. Steigen; bei einiger Vorsicht kann nichts passieren. Ich werde übrigens nichts den Heinen Schaden reparieren lassen. Schließlich ist es schade, wenn der Turm nicht mehr betreten wird. Fräulein von Konach hat recht, vom Söller aus hat man eine herrliche Aussicht. Und außerdem ist die Turmschlüssel ganz originell eingerichtet. Einer meiner Vorfahren, der den Turm anbauen ließ, hat den größten Teil des Turms darin eingebaut und sich alles nach seinen besonderen Wünschen vorrichten lassen.“

Während dieser Worte des Grafen hatte sich die Komtesse wieder völlig in die Gewalt bekommen.

„Es wird aber alles sehr veraltet sein, und wenn du den Turm wieder eröffnen willst, muß wohl erst eine gründliche Säuberung und Lüftung der Räume vorgenommen werden.“

(Fortsetzung folgt.)

Schuldenverwaltung (Schuldbuchangelegenheit) in Berlin. In beiden Fällen sind von dem Einkäufer dem Verkäufer auszuweisen, die bei den Finanzämtern und Sparkassen erhältlich sind. Bei der Zahlungsgabe von Zinsen auf das Kassenheft und die Kassenabgabe der Zinsen sind die Zinsen nicht anzuweisen. Erneut wird die Vorteile der baren Vorauszahlung des Kassenhefts aufmerksamer gemacht. Auf Zahlungen dieser Art am Ende dieses Jahres wird eine Vergütung von 4 v. H. gewährt; für 100 Mark Steuer sind mit nur 96 Mark zu zahlen. Mit dem Tage der Zahlung erlischt die Verpflichtung zur Verzinsung des durch die Zahlung getilgten Kassenhefts. Je früher die Zahlung erfolgt, um so weniger sind mithin zu entrichten. Die Zahlungen, die 96 Mark ein Vielfaches hiervon betragen müssen, können bei den Sparkassen oder den mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragten Kasse, den Reichsbankstellen, den als Annahmestellen für bare Vorauszahlungen bestimmten öffentlichen Sparkassen und öffentlichen realen Kreditanstalten erfolgen. Einzahlungen bei den Reichsbankstellen, Sparkassen, oder Kreditanstalten sind nur unter Ausstellung eines Vorordres zulässig, der bei diesen Stellen erhältlich ist. Die Zahlung gilt nur dann als vor dem Ablauf dieses Jahres erfolgt, wenn das Geld den genannten Stellen spätestens am 31. Dezember zugegangen ist. Für Beträge, die gleichzeitig aus welchen Ursachen oder Gründen — erst nach diesem Tage bei den genannten Kassen einbezogen, wird die Vergütung nicht mehr gewährt. Es warnt jeder niemand bis zum letzten Augenblick. — Abgabepflicht, die nicht in Stande sind, den ungefähren Betrag ihrer Abgabepflicht zu berechnen, erhalten vom zuständigen Finanzamt Auskunft. Wer mehr einbezahlt, als seine Schuld beträgt, läuft keine Gefahr. Die Vorauszahlungen werden nach Freigabe der Abgabe erstattet, und zwar die baren in bar, in Kassenanleihe in Kassenanleihe; Ueberzahlungen werden mehr als 300 Mark werden mit 5 v. H. vom Tage der Zahlung an verzinst. (§ 132 A g) Nach einem Gelegentlich, dem der Reichsrat zugestimmt hat, haben die Reichsbankstellen ein Zehntheil ihres abgabepflichtigen Vermögens, mindestens aber ein Drittel der Ausgabe bereits in nächsten Jahre in zwei Raten zu entrichten. Nur in bestimmt bezeichneten Fällen wird der zu zahlende Betrag zum Kassenamt ermäßigt oder ganz oder teilweise gestundet werden. Dies möge jeder bedenken, der noch schwankt, ob er alsbald das Kassenheft bezahlen soll.

Im Laufe dieses Tages wird die Hauskollekte am Besen der Idiotenanstalt Scheuern durch den kollektanten Ludwig in dieser Stadt wieder erhoben werden. Da die Anstalt in diesem Jahre auf ihr fünfzigjähriges Jubiläum zurückblickt, wird die Sammlung besonders herzlich zur Unterstützung empfohlen.

Kirchberg, 4. Dez. Am auch in der hiesigen Gemeinde das Verständnis für die übergeleitete Kräfte zu werden, und gestern Abend hier ein Vortragabend statt, zu welchem die Einwohnerschaft von Kirchberg und Umgebung durch Herrn Bürgermeister Horn eingeladen wurde. Die angelobte Veranstaltung, welche zugleich bejagt war, übertraf den erwarteten Erfolg. Wer es noch nicht wusste, wurde durch den interessanten und ergreifenden Vortrag des Leiters der Arbeitsgruppe der heimatlernen Oberlehrer davon überzeugt, daß Oberlehrer deutsch war, deutsch ist und deutsch bleiben muß, und daß Deutschland ohne Oberlehrer nicht lebensfähig ist. Eine entsprechende Resolution, welche sich gegen den französischen Willkürspruch, die Reichsoberlehrer nicht in ihrer Heimat und nicht an einem Tage mit den in Oberlehrer wohnhaften Abteilungsbevollmächtigten abstimmen zu lassen, fand einstimmige begeisterte Annahme. Ferner wurde eine Hauskollekte beschlossen und empfohlen.

Essenbach, 5. Dezember. Eine Karte als Brandanzeige. Der im jüdischen Eigentum stehende ausgebrochene Brand hat sehr erheblichen Schaden angerichtet. Zwei Hochdrucktransformatoren sind vollständig ausgebrannt und unbrauchbar geworden. Weiterhin der benachbarten Umkleen, darunter auch Jernbach, kann kein Strom zugeführt werden. Man will vermuten, raschen Ersatz für die zerstörten Maschinen zu schaffen. Die Entschädigung des Brandes soll auf eine Karte zurückzuführen sein, die zwischen den Parteien geschlüsselt war und auf diese Weise einen Konflikt hergeleitet haben soll. Es sei hierauf kurzzeitig entpanden, welchen Schaden das bei zur Entschädigung gebracht habe.

Münster, 3. Dez. Das Landgericht verurteilte heute einen Kriegsteilnehmer, der als angebliche Kriminallandmann das Papstgeld auf seine Ehre prägten und dabei zahlreiche Landwirte prellten, zu Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren.

Münster, 1. Dez. Verbotene drahtlose Telegrafie. Von dem englischen Militärgeheim wurden Regimentsrat a. D. Dr. Heinrich Stinnes, ein Bruder des Infanterie Hugo Stinnes, und sein Sohn Hans wegen der Aufstellung einer Anlage für drahtlose Telegrafie zu je 10000 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß der Apparat keinen bösen Zwecken zu dienen bestimmt war, und daß sich die Angeklagten lediglich einer unüberlegten Handlungsweise schuldig gemacht hätten. Deshalb sei von der Verhängung einer Gefängnisstrafe abgesehen worden. Der Apparat wurde eingezogen.

Berlin, 1. Dez. Anklage gegen 180 Berliner Konkursisten. Gelegentlich des Eden-Hotel-Prozesses stellte Konkursist Jante, Hotelbetriebsgesellschaft, der Staatsanwaltschaft Gebäuden von 180 Berliner Konkursisten, die er anonym angekauft hatte, zur Verfügung, um den Nachweis zu führen, daß die Vorschriften der Rationierung der Lebensmittel nicht eingehalten, sondern übertreten würden. Da die Proben nicht im Einklang mit der Bundesratsverordnung über das Verbot zu bringen waren, hat die Staatsanwaltschaft gegen jene 180 Konkursisten Anklage erhoben.

Die deutschen Badeorte.

Wiesbaden, 30. Nov. Der neugegründete Verband der deutschen Badeorte hat beschlossen, bei der Regierung den Antrag zu stellen, Verhandlungen anzunehmen, wegen der Räumung der Badeorte von den Besatzungstruppen, weil die Aufgabe der Besetzung nachweislich zu einer starken wirtschaftlichen nicht länger zu ertragenden Schädigung des Badeverkehrs geführt hat.

Amtlicher Teil.

(Nr. 281 vom 6. Dezember 1920)

Bekanntmachung.

Gemäß Verordnung der Reichsregierung vom 19. September 1920 betreffend Genehmigungspflicht für den Viehhandel bedarf der Erlaubnis:

1. wer gewerbsmäßig Vieh zum Weiterverkauf ankauft;
2. wer gewerbsmäßig für andere Vieh verkauft oder den Abschluß solcher Verkäufe vermittelt. (Viehkommissionär).

Der Erlaubnis bedürfen ferner Metzger und Fleischwarenfabrikanten, soweit sie für ihren Gewerbebetrieb Vieh unmittelbar beim Viehhändler ankaufen. Unter letzterer Voraussetzung bedürfen auch Gastwirte der Erlaubnis, und zwar auch dann, wenn sie das Fleisch ausschließlich an ihre Gäste zum Verzehren an Ort und Stelle verkaufen, also keinen Kleinhandel mit Fleisch treiben.

Die Ausweisarten des Viehhändlerverbandes sowie die von einzelnen Kommunalverbänden seither ausgestellten Erlaubnisscheine verlieren, soweit sie noch nicht bereits eingezogen sind, spätestens am 31. Dezember d. Js. ihre Gültigkeit.

Zwecks Erlangung der Erlaubnis zum Ankauf von Vieh sind den leitenden Mitgliedern des Viehhändlerverbandes Antragsformulare für 1921 mit der nötigen Anweisung zugeandt worden.

Diejenigen, denen ein Antragsformular nicht zugegangen sein sollte, oder welche als Antragsteller für 1921 neu hinzukommen, wollen ihre Anträge unmittelbar an die Regierungsfleischstelle, Frankfurt a. M., Untereinanderlage 9, einreichen. Da die Zahl der Händler im Bezirk bereits eine recht große ist, ist auf Neuzulassungen nur in beschränktem Maße zu rechnen.

Die Gebühr beträgt für Gewerbesteuerklasse I 1500 M., für Gewerbesteuerklasse II 1000 M., für Gewerbesteuerklasse III 500 M., für Gewerbesteuerklasse IV 250 M., für gewerbesteuerfreie Betriebe und für Nebenarten 50 M., Frankfurt a. M., den 28. November 1920.

Der Regierungspräsident.

Fleischstelle.

Polizeiverordnung

betreffend Meldepflicht der Ausländer.

Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. E. 195), sowie der §§ 6, 12 und 13 der Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. September 1887 (G. S. E. 1529) wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des unterliegenden Teils des Regierungsbezirks Wiesbaden folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Jeder über 16 Jahre alte Ausländer ist verpflichtet, sich binnen 48 Stunden nach der Ankunft bei der Ortspolizeibehörde des Aufenthaltsortes anzumelden.

Die Meldepflicht greift nicht Platz, wenn der Aufenthalt im Bezirk einer und derselben Ortspolizeibehörde nicht länger als 48 Stunden dauert.

§ 2. Die Anmeldung hat persönlich unter Vorlegung des Passes oder des als Passersatz dienenden amtlichen Ausweises (§ 3 der Verordnung vom 21. Juni 1916, Reichsgesetzbl. S. 599) zu erfolgen. Sie wird von der Ortspolizeibehörde unter Vorlegung des Amtsfiegels und Angabe des Tages und der Stunde der Meldung im Pass- oder Personalausweis bescheinigt.

Der Anmeldung ist ein Lichtbild des Anmeldenden beizufügen; ist er nicht im Besitz eines gültigen Passes oder Personalausweises, so sind vier Lichtbilder beizufügen.

Kranke und Gebrechliche können unter Vorbringung einer ärztlichen Bescheinigung schriftliche Voranmeldung einreichen; auch dies muß 48 Stunden nach der Ankunft geschehen; die Ortspolizeibehörde kann nachträgliche persönliche Anmeldung fordern.

§ 3. Wer einem Ausländer entgeltlich oder unentgeltlich Wohnung oder Unterkunft gewährt, ist verpflichtet, sich über die erfolgte polizeiliche Anmeldung des Beherbergerten binnen 48 Stunden nach der Aufnahme zu vergewissern. Wird ihm die Anmeldung nicht nachgewiesen, so hat er der Ortspolizeibehörde schriftlich oder mündlich binnen 24 Stunden Anzeige zu erstatten. Gibt der Ausländer die Wohnung oder Unterkunft auf, so hat der Wohnungsgeber dies binnen 24 Stunden schriftlich oder mündlich der Ortspolizeibehörde anzuzeigen, sofern nicht der Ausländer sich bereits selber abgemeldet und dies unter Vorlegung der abgegebenen Abmeldung dem Wohnungsgeber nachgewiesen hat.

§ 4. Die Ortspolizeibehörde hat über die in ihrem Bezirk sich aufhaltenden Ausländer Listen zu führen, in denen Name, Alter, Staatsangehörigkeit, Ort des Zuzugs, Tag der Ankunft und Tag der Abmeldung einzutragen sind.

Bei Kriegsgefangenen ist außerdem zu vermerken, zu welchem Lager sie gehören und bei welchem Arbeitgeber sie beschäftigt werden.

§ 5. Alle über 16 Jahre alten Ausländer, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung sich bereits länger als 48 Stunden innerhalb des preussischen Staatsgebiets aufgehalten haben, ohne daß sie sich bisher bei einer Ortspolizeibehörde angemeldet hatten, sind auch ohne Wohnungs- und Aufenthaltswechsel verpflichtet, die Anmeldung binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung bei der Ortspolizeibehörde ihres gegenwärtigen Aufenthaltsortes persönlich nachzuholen, und zwar auch dann, wenn sie sich im Besitz eines Passes oder Personalausweises befinden.

§ 6. Ausländer, die ihrer Meldepflicht gemäß §§ 1, 2 und 3 nicht genügen, sowie Wohnungsgeber, die den Vorschriften des § 3 zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Neben der Strafe haben Ausländer, die dieser Verordnung zuwiderhandeln, ihre Ausweisung aus dem Gebiet des preussischen Staates zu gewärtigen.

Wiesbaden, den 31. Juli 1920.

Der Regierungspräsident.

Die Ortspolizeibehörden des Kreises weise ich mit Bezug auf meine Verfügung vom 16. August 1920 — 2. 2633 —, Kreisblatt Nr. 196, nochmals auf vorstehende Polizeiverordnung hin und erlaube, sie streng durchzuführen. Ausländer, die ohne Pass oder Personalausweis zuziehen, ist deren Beschaffung aufzugeben und letztere erforderlichenfalls zu erzwingen. Da, wo eine Ausweisung eines Ausländers geboten erscheint, ist mit unter ausführlicher Angabe der Gründe zu berichten.

Limburg, den 22. November 1920.

2. 2633.

Der Landrat.

Jagdaußer Ludwig Otto Gierich, wohnhaft in Eilenbach, ist von mir als Forstwärter und Jagdaußer beauftragt und vereidigt worden.

Limburg, den 25. November 1920.

2. 3977.

Der Landrat.

Verst.: Gebührenordnung für die Schornsteinfeger.

Auf Grund des § 77 der Reichsgewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 26. Juli 1900 wird für den Gewerbebetrieb der Schornsteinfeger im Kreise Limburg vom 5. Dezember 1920 ab folgende Gebührenordnung erlassen:

1. Für das einmalige Reinigen
- a) eines einstöckigen ruffischen Kamins oder beheizbaren Schornsteins 1,20 Mark, für jeden weiteren Stod 40 Pfennig mehr. Hierbei bleiben jedoch die Dach

und Kellergeschosse außer Berechnung, wenn dieselben nicht geheizt werden.

- b) eines auf den Schornstein aufgesetzten Rohres oder Ventilationsaufsatzes bis zu einem Meter Höhe 60 Pfg., für jeden weiteren Meter 20 Pfg. mehr;
- c) eines Schornsteines, welcher gewerblichen Zwecken dient. (Bad-, Brauerei-, Brennerei-, Dampfessel- und Waschanstaltenschornsteine), bis zu 18 Meter Höhe 2,80 M., für jede weitere angefangene 5 Meter 1,20 M. mehr;
- d) eines Zentralschornsteines 8,00 Mark.

2. Für das einmalige Ausbrennen eines einstöckigen ruffischen Schornsteines mit Einschluß der unmittelbar darauf vorzunehmenden Reinigung 3,00 Mark, für jeden weiteren Stod 80 Pfg. mehr. Das zum Ausbrennen der Schornsteine erforderliche Material, wie Stroh, Hobelpläne usw. muß dem Schornsteinfeger geliefert oder vergütet werden.

3. Bei Inanspruchnahme außer der regelmäßigen Regelperiode steht dem Schornsteinfeger eine Ganggebühr nach auswärts über zwei Kilometer vom Wohnort von acht Mark, am Wohnort und bis zu zwei Kilometer Entfernung von drei Mark zu. Außerdem sind die tarifmäßigen Gebühren für die Schornsteinreinigung zu entrichten.

4. Für Befichtigung und Vegetation neuer Schornsteine einschließlich Reinigung, in Gebäuden bis vier Schornsteine zwölf Mark, jeder weitere Schornstein zwei Mark mehr neben der Ganggebühr gemäß Ziffer 3.

5. Bei Reinigungen der Schornsteine zur Nachtzeit, im Sommer (vom 1. April bis 30. September) vor morgens 7 Uhr, im Winter (vom 1. Oktober bis 31. März) vor morgens 8 Uhr, sind die doppelten Gebühren zu entrichten.

6. Die Einigung über die Gebühren des Reinigens von freistehenden Radrückenschornsteinen bleibt zunächst den Beteiligten überlassen. Wird eine Einigung nicht erzielt, entscheidet der Landrat.

Die Gebührenordnung vom 26. März 1920 — Kreisblatt Nr. 75 — tritt vom 5. Dezember 1920 ab außer Kraft.

Limburg, den 3. Dezember 1920.

2. 3991.

Der Landrat.

Die Ortspolizeibehörden des Kreises weise ich hierdurch auf die in Nummer 46 unter Ziffer 1004 des Regierungsamtsblattes veröffentlichte Bekanntmachung des Herrn Handelsministers vom 19. Oktober 1920 III 13988, betreffend Zulassung von Autogen-Schweißapparaten der Firma Karl Schürmer, Autogen-Schweißwerk in Erfurt hin. Zeichnung mit Beschreibung und Anleitung zur Inbetriebsetzung des Apparats sind im Bedarfsfalle anzufordern.

Limburg, den 23. November 1920.

Der Landrat.

2. 3793.

Auf Grund des § 9 der Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 (R. G. Bl. E. 1143) in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Mai 1920 (R. G. Bl. E. 949) ordne ich mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums für den Umfang des preussischen Staates an, daß Neubauten die nach der Verhängung dieser Verordnung im Deutschen Reichs- und preussischen Staatsanzeiger fertiggestellt sind, den auf Grund der Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 (R. G. Bl. E. 1143) erlassenen Anordnungen nicht unterliegen.

Berlin W. 66, den 2. November 1920.

Der Minister für Volkswohlfahrt.

Stegerwald.

II. 6. Nr. 5774.

An sämtliche Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Oberpräsidenten in Charlottenburg.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 1. Dezember 1920.

2.

Der Landrat.

R. B. 2323.

Es sind Zweifel darüber entstanden, was mit den aus den Gefangenlagern entwichenen, aber wieder eingewanderten russischen Kriegsgefangenen und internierten Bolschewisten zu geschehen hat.

Sowohl die im Weltkrieg 1914—1918 kriegsgefangenen Russen wie die anlässlich des russisch-polnischen Krieges Internierten sind auf Kosten des Heeresabwühlungs-Hauptamts in Berlin den Gefangenlagern wieder zuzuführen.

Beide Arten sind jedoch in getrennten Lagern untergebracht. Für russische Kriegsgefangene aus dem Weltkrieg kommen folgende Lager in Betracht:

Müncheberg, Altdamm, Stargard in Pommern, Cottbus, Frankfurt an der Oder, Guben, Gardelegen, Quedlinburg, Neuhammer a. Quai, Senne, Güstrow, Cello, Rassel-Niederwehren, Pr. Holland, Puchheim in Bay., Hammelburg in Bay., Baulen i. Sa., Chemnitz, i. Sa., Mühlungen bei Ulm in Würtbg.

Die anlässlich des russisch-polnischen Krieges Internierten dagegen sind einem der folgenden Lager zuzuführen:

Savelberg a. S., Salzweil, Jerbst, Parchim, Ahlen, Kallenberger Moor, Post Wessertanna, Hameln, Soltau in Hann., Lichtenhorst, Post Rodewald, Königs-moor, Post Tostedt, Bayreuth, Erlangen, Witten für Polen.

Berlin W. 7, den 10. November 1920.

Unter den Linden 72/73.

Der Minister des Innern.

Va. 283.

Abdruck teile ich den Ortspolizeibehörden des Kreises im Nachgange zu meiner Verfügung vom 9. 4. 20. — 2. 1900 —, Kreisblatt Nr. 134, zur Kenntnis und Beachtung mit.

Limburg, den 27. November 1920.

Der Landrat.

2. 3907.

Katholische Gemeinde.

Dienstag 7½ Uhr im Dom Jahramt für Georg Seher; 8½ Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Johann Wilhelm Diehl und Angehörige. Nachmittags 5 Uhr Gelegenheit zur hl. Beichte.

Mittwoch 7½ Uhr in der Stadtkirche feierl. Amt zu Ehren der Unbefleckten Empfängnis Mariens.

Donnerstag 7½ Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Andreas Diener und Angehörige, 8½ Uhr im Dom Jahramt für Josef Hahn.

Freitag 7½ Uhr im Dom Jahramt für Jakob Stein und dessen Sohn Josef, 8½ Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Johann und Katharina Müller.

Samstag 7½ Uhr im Dom feierl. Jahramt für Frau Charlotte Köfer, 8½ Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Johann Toppel, seine Ehefrau Lioba und Kinder.

Am 4 Uhr nachmittags Gelegenheit zur hl. Beichte.

Bekanntmachung.

Die Finanzkasse in Limburg ist an den Konto:
orrent- und Scheckverkehr der Kreissparkasse des
Kreis Limburg angeschlossen.
Limburg, den 3. Dezember 1920. [4/281]

Finanzamt.

Volksbildungsverein.

Quartettabend zur Erinnerung an Beethoven ver-
schoben. Statt dessen heute abend 8 Uhr im Gym-
nasium: 5/281

Portrat über Beethoven'sche Variationen
mit Erläuterungen um Flügel.

Eintritt für Mitglieder frei, für Nichtmitglieder 2 Mk.

D.H.V. Dienstag, abend, den 7. Dez.
8 1/2 Uhr:

Monatsversammlung

im Verbandsheim „Deutsches Haus“.
Krankenkassenbeiträge werden von 8 Uhr an entgegen ge-
nommen. (Krankenkassenscheine mitbringen.) Infolge der wich-
tigen Tagesordnung ist das Erscheinen eines jeden Kollegen
erforderlich. 3/281

Gaben zur Weihnachtsbescherung

Armer Gemeindeglieder erbittet der Vorstand der „Frauen-
hilfe“ des evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins.
14/280 Obenaud, Dikan.

Weihnachtsbitte

der Erziehungs- und Pflegeanstalt Schönen
bei Nassau a. d. Lahn.

Weihnachten, das Geburtsfest des Heilandes, in dem
Gott der Menschheit die allgrößte Freude bereitet hat,
kommt wieder heran, und da wollen wir es, trotz des Drucks
der Zeit um Gaben der Liebe zu bitten, damit wir auch in
diesem Jahre jedem unserer Kranken eine kleine Freude be-
schen können.

Wir bitten unsere Freunde in Stadt und Land her-
zu um ihre Hilfe, um Gaben in Geld, Spielsachen, Ge-
waren, Bekleidungsstücke usw. Wir haben für alles, was
die Liebe uns schenkt, Verwendung und sind für jede, auch
die kleinste Gabe herzlich dankbar. Es ergeht besondere
Quittung.

Bargaben adressiere man am besten an die Kassener-
waltung der Anstalt (Postfachkonto: Frankfurt a. M. 4000;
Bankkonto: Landesbankstelle Nassau-Lahn Nr. 259).

Der Anstaltsvorstand:

Martin, Parrer,

Vorsitzender.

24/274.

Die Anstaltsdirektion:

In Vertretung:

Edt, Lehrer.

Lederfett

schwarz, braun und gelb,

Schuerhème

Gross- u. Kleinverkauf.

Franz Fluck, Limburg (Lahn).

Obero Grabenstrasse 20. Telefon Nr. 233.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Verlangen Sie Offerte.

Bestellen Sie sofort

bei Herrn Postamt zur Probe Northwest-
Deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffsverkehrs-Nachrichten

und Kupferstich- und Holzschnitt-
Kunstwerke im Bilde

Wöchentlich 12 Ausgaben.

Postbezugspreis:

Ausgabe A (mit Lokal-Anzeigen):

monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—

Ausgabe B (ohne Lokal-Anzeigen):

monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50

Probeausgaben kosten- u. portofrei.

Auslands- und Wochen-Ausgabe

des Hamburger Fremdenblatts:

Deutsche Uebersetz-Zeitung

reich illustriert in Kupferstichdruck

Postbezugspreis:

für Deutschland M. 13.—, vierteljährlich

Wir versenden an uns aufgegebenen Adressen

von Auslandsdeutschen Probeausgaben mit Tarif.

Südfrüchte- und Confitüren-Haus

„Zum spanischen Garten“

Brückengasse 17.

Neu eröffnet.

Neu eröffnet.

Zum Nikolaustag!

St. Nikolaus, der gute Mann,
Will wiederum erscheinen.
Er hat sich Sack und Pack gefüllt
Für unsere lieben Kleinen.

Gar mancherlei von süßem Zeug
Hat er in seinen Taschen.
Für jedes liebe, brave Kind
Gibt er etwas zum Naschen.

Lebkuchen, Nüsse, Zuckerwerk
Gibt er mit vollen Händen.
Auch Schokolade, Marzipan
Wird er den Kleinen spenden.

Drum seid nur alle frohgemut
Und freut Euch zu dem Feste,
Vom Spanischen Garten der Nikolaus
Ist doch fürwahr der Beste!

Spezialgeschäft für Südfrüchte u. Confitüren

„Zum spanischen Garten“

Brückengasse 17—

empfiehlt zum Nikolaustag:

Lebkuchen, Herze, Nikolause, Ruten, Bonbons,
Gebäck, Schokolade, Pralines u. Südfrüchte

in grosser Auswahl. 4/280

Beachten Sie meine Schaufenster.

Sonntag geöffnet.

Achtung Schuhmacher!

Mache Ihnen hiermit die gef. Mitteilung, daß ich mit
dem 1. d. M. als Spezialität eine

Schäftemacherei

errichtet habe.

Unterhalte stets Lager von den sta-
bilsten bis elegantesten Herren-
und Damenschäften.

Bei Maßgabe Lieferung innerhalb weniger Tage.
Lieferer auch bei Materialknappung.

Der Ueberweisung Ihrer geeigten Aufträge entgegen-
sehend, zeichne

Hochachtend

M. Bondkirdj, Niederselters

Gehäuftefabrikation.

NB. Bei Leistenübersendung Anfertigung von Abnormitäten.

Grosse Auswahl

in

Christbaumschmuck,

Wunderkerzen,

Spielwaren

billigst bei

J. Raab,

gegenüber dem Rathaus.

Ueberzieher (Maßarbeit)

für 14—16 Jähr. 3., Zug-

lampe für Gas u. Petrol.

Stiehlampe (Petrol.) zu ver-

kaufen oder gegen Pächner-

futter zu vertauschen. 1/281

Chr. Lang,

Wernersegerstr. 21.

Zuverlässiges, fleißiges

Dienstmädchen

für sofort evtl. später gesucht.

21/280 Gasthaus

„Zum Lohnd“.

Entlaufen

ein Gähnerhund, weiß mit

braunen Platten und Tupfen,

auf den Namen „Treff“ hörend.

Wiederbringer höhere hohe

Belohnung zu. Vor An-

kauf wird gewarnt. 7/281

Abgegeben bei

G. Fr. Forst

in Niederneisen.

Ein in der Blechemballage-

Industrie spez. in der Fabrik-

ation von Paketen durchaus

bewandelter

Fachmann

für dauernde Stellung gesucht.

Offerten u. 16/278 a. d. Exp.

Wohnhaus

in der Altstadt, in gutem Zu-

stand, mit kl. Stall u. Garten

unter günstigen Bedingungen

sofort zu verkaufen.

18/281

Näheres bei

H. Loos, Wallstr. 14.

Feldhüter-Anzeigebücher

mit Dienstausweisung,

Feldhüter-Anzeigeformulare

nach amtlicher Vorschrift

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

Aufruf!

Deutsche Kinderhilfe.

Volksammlung für das notleidende Kind.

Ein Anzahl auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt
tätiger Vereine und Verbände veranstaltet demnächst unter
der Bezeichnung „Deutsche Kinderhilfe“ in ganz Deutschland
eine Geldsammlung für unsere notleidenden Kinder.

Der Zweck dieser Sammlung ist, durch Ge-
ziehung aller Volkskreise der erschreckenden
gesundheitlichen, sittlichen und wirtschaftlichen
Not deutscher Kinder zu steuern. Die Sammlung
soll aber auch den Beweis dafür erbringen, daß
wir nicht nur die dankenswerte werktätige Hilfe
ausländischer Kreise annehmen wollen, sondern
daß wir die Verpflichtung in uns fühlen, in
erster Linie durch eigene Opfer unseren Kindern
zu helfen.

Der Krieg hat unerhörte Verluste an Menschenleben
schwere Einbußen an Gesundheit bei Männern und Frauen
geleitet. Unheilbar werden die Folgen jahrelanger Nahrungs-
not für unsere Kinder. Hier droht der Zukunft ernste Gefahr.
Kindertuberkulose und Sterblichkeit sind in erschrecken-
dem Maße gewachsen.

Es ist nachgewiesen, daß in Preußen an Krankheiten
der Atmungs- und Verdauungsorgane, Influenza, Tuberku-
lose, Lungenerkrankung im Alter von 1 bis 15 Jahren
gestorben sind:

1913: 32 350 Kinder,	allein an Influenza
198 Kinder,	allein an Tuberkulose
7 425 Kinder,	allein an Influenza
1918: 68 223 Kinder,	allein an Tuberkulose
22 800 Kinder,	allein an Influenza
11 738 Kinder,	allein an Tuberkulose

Eine noch weit größere Zahl von Kindern ist durch
jahrelange Unterernährung, mangelnde Kleidung, durch Kälte
und durch gestörte Nachtruhe — wieviele Kinder haben
überhaupt noch ein Bett! — rächtlich, siech und elend ge-
worden! Diese sichtbare und unsichtbare Not unserer Kinder
die alle Kreise unseres Volkes umfaßt, möchte jedem im
Herz gebrannt sein, damit er — weß Standes und weß Ge-
kommens er sei — hilft, sie zu lindern.

Die „Deutsche Kinderhilfe“ soll hierfür Spenden sam-
meln und für sachgemäße Verteilung sorgen.

Die „Deutsche Kinderhilfe“ soll die Mütter, die dem kom-
menden Winter mit Entsetzen entgegen sehen, über das Schick-
sal ihrer Kinder beruhigen, sie sollen die Zuversicht haben,
daß ihre Kinder nicht mehr zu hungern, nicht mehr zu
frieren und nicht mehr wegen mangelnder Kleidung die Schule
zu verlassen brauchen.

Die „Deutsche Kinderhilfe“ soll allen Anstalten, Kin-
derheimen, Krippen, Kindergärten, Ferien die Möglichkeit
gewähren, die pflanzliche und erzieherische Arbeit fortzu-
setzen.

Die „Deutsche Kinderhilfe“ soll das segensreiche Werk
der Unterbringung der unterernährten, kranken, besonde-
r tuberkulösen Kinder fördern.

Die „Deutsche Kinderhilfe“ soll aber auch alle Organe
der Kinderfürsorge stärken und dieser dringenden Aufgabe
der Wohlfahrtspflege neue Kräfte zuführen.

In dem Arbeitsausschuß der deutschen Kinderhilfe haben
sich die nachgenannten Verbände vereinigt:

Charitasverband für das lath. Deutschland, Zentralaus-
schuß für die innere Mission der deutschen evang. Kirche
(Evangelischer Reichs-Erziehungsverband), Deutsche Verein-
igung für Säuglingsfürsorge, Deutscher Verein für öffentlich
und private Fürsorge, Deutsches Rotes Kreuz (Zentral-
Komitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz und
Eständiger Ausschuß der Deutschen Landes-
frauenvereine vom Roten Kreuz), Deutsche Zen-
trale für Jugendfürsorge, Hauptauschuß für Arbeiter-
wohlfahrt, Vereinigung für Kinderhilfe und Zentralwohlfahrts-
stelle der deutschen Juden.

An die Kreisbevölkerung richte ich die dringende
Bitte, durch Geldspenden zur Linderung der
großen Not der Kinder ihr en Beitrag zu liefern

Die Herren Bürgermeister bitte ich, die Geldsammlung in
ihren Gemeinden zu organisieren. Ich empfehle, die Herren
Pfarrer, Lehrer, die Frauen- und alle sonstigen Wohltätig-
keitsvereine um ihre Mitwirkung zu bitten, damit das Be-
suehr überall gelingt. Geldspenden nimmt die Kreislan-
munaltasse entgegen. Dahin wollen auch die Sammlungen
in den Gemeinden von den Sammlern abgeführt werden.

Die Sammlung ist für die Zeit von jetzt bis zum 31.
Januar genehmigt worden. Die Herren Bürgermeister er-
suche ich mir bis zum 10. Dezember anzuzeigen, wann die
Sammlung in der Gemeinde erfolgen soll.

Schellen,
Landrat.

Deutsche Warte

die Tageszeitung der
Bodenreformer und Siedler

mit 6 Beilägen

Land- und Hauswirtschaft — Gesund-
heitswarte — Frauenzeitung — Jugend-
warte — Wirtschaftswarte — Der
Sonntag und tägl. Unterhaltungsbei-
lage mit guten Romanen.

Monatlich nur 6 Mark!

Berlin SW 48.

Bestellung nimmt jede Postanstalt ent-
gegen.

Lehrverträge zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei.